

Solidarische Ertragsbeteiligung – leistungsgerechtes Lohnsystem

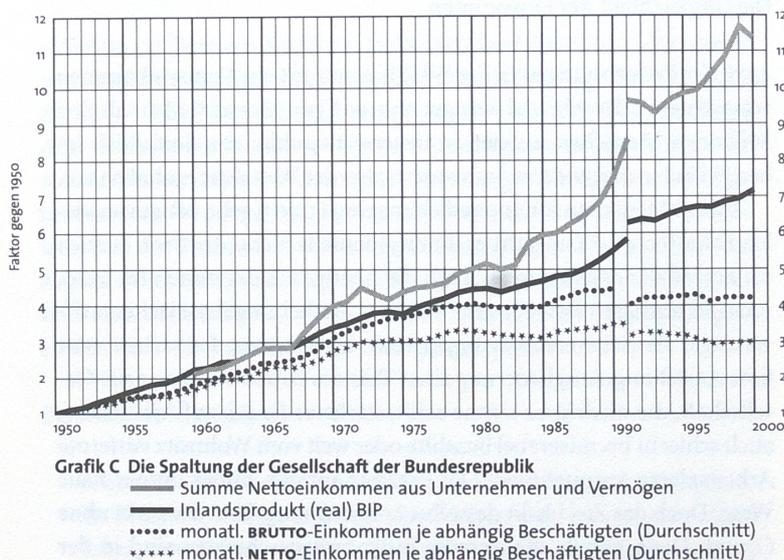
Unter den Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise werden Löhne und Gehälter der abhängig Beschäftigten durch Bereicherung und Abschöpfung der Kapitaleigner geschmälert – in weit höherem Maße als allgemein bekannt. Der Baustein möchte die dabei wirkenden Mechanismen und Hintergründe offenlegen sowie den Ausblick auf eine solidarische Ertragsbeteiligung versuchen.

1. Ausgangssituation

1.1. Bereicherungsinstrumente

Im Kapitalismus besteht grundsätzlich eine leistungslose Bereicherung durch:

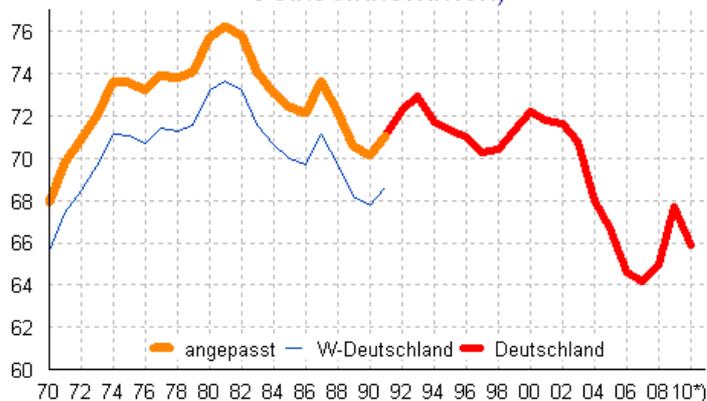
- Akkumulation des Mehrwertes der Produktion in Privatverfügung,
- Akkumulation des Profits aus Geldanlagen aller Art in Privatverfügung,
- zusätzliche Bereicherung durch überhöhte Bezüge der sog. Spitzenverdiener (die oft zugleich als Kapitaleigner agieren, vgl. 3.2).



Insgesamt kommt es dadurch nicht nur zu einem statischen Einkommensvorteil der Kapitaleigner gegenüber den Lohnabhängigen. Es ergibt sich vielmehr ein **ständig zunehmender Einkommensvorteil**, da bereits seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Kapitalrenditen ganz anders wachsen als Lohneinkünfte (nebenstehende Grafik).¹

Diese Entwicklung setzt sich im neuen Jahrtausend fort: „Über den ganzen Zeitraum seit dem 1. Quartal 2000 sind die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um 2,5 % gesunken, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen trotz des Einbruchs in 2008 um 31,1 % expandiert sind. ... Der Abstieg seit dem Gipfel von 76 % im Jahr 1981 und mit immer größerer Geschwindigkeit seit dem Jahr 2000 ist geradezu dramatisch (Abb. 14636)“.² Die Lohnquote markiert das Verhältnis von Arbeitnehmerentgelt zum Volkseinkommen und ist ein wichtiger Indikator für die Einkommensverteilung.³

14636: Lohnquote 1970 - 2010 (in % von Volkseinkommen)



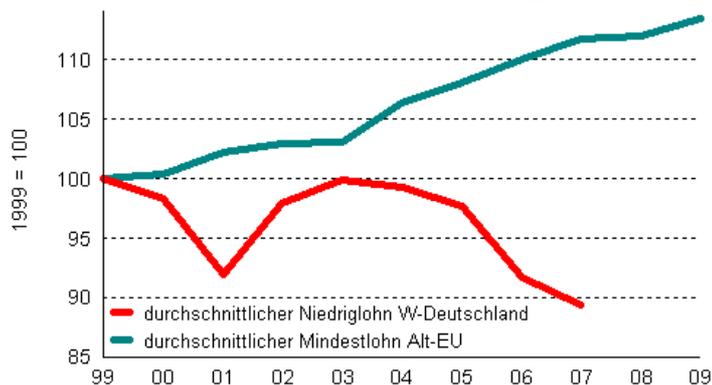
Quelle: Statistisches Bundesamt, angepasst = W-Deutschland hochgehoben auf Deutschland 1991, *) 2. Quartal, der Zacken in 2009 kommt von dem zeitweisen Abrutschen der Unternehmens- und Vermögenseinkommen © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

¹ Horst Afheldt, Wirtschaft die arm macht, Kunstmann 2003, S.32

² <http://www.jjahnke.net/wochenbrief24-38349491.html>

³ <http://de.wikipedia.org/wiki/Lohnquote>

15044: Entwicklung von deutschen Niedriglöhnen und Mindestlöhnen in der Alt-EU

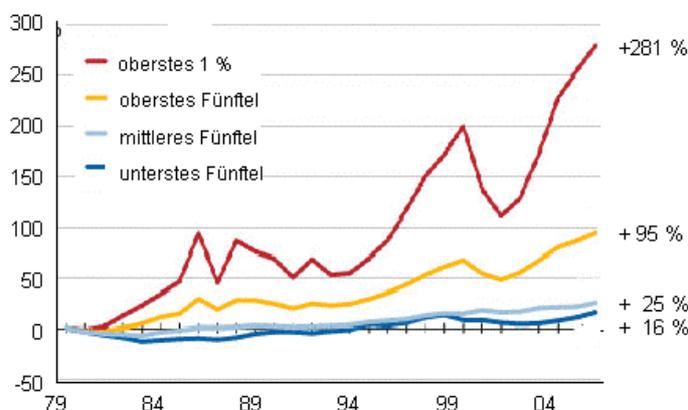


Quelle: für Niedriglohn: Institut Arbeit und Qualifikation 2009-05, für Mindestlohn: WSI Mitteilungen 3/2009. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Nicht nur in Prozent des BIP, sondern auch in Absolutzahlen zeigt sich das Sinken der Einkommen abhängig Beschäftigter in Deutschland: „Der entscheidende Indikator für die Auswirkungen neoliberaler Ökonomie auf die Haushalteinkommen in Deutschland ist das mittlere Äquivalenzeinkommen und die darauf basierende Armutsrisikogrenze. Das Äquivalenzeinkommen ist ein von der OECD vorgegebenes Verfahren, die Einkommen der privaten Haushalte in den Nationen ihres Bereichs vergleichbar zu machen. ... Dieses mittlere Äquivalenzeinkommen ist in der Zeit von 2003 bis 2005 um mindestens 263 Euro pro Monat, also fast 17% gefallen.“⁶

Die internationale Situation sieht nicht anders aus, auch die **USA-Daten** der folgenden Grafik zeigen eine derart unterschiedliche Einkommensentwicklung (Abb. 05237).⁷ Dabei steht dem nur 16prozentigen Einkommenszuwachs des untersten Fünftels im Betrachtungszeitraum eine Preissteigerungsrate von 250% gegenüber (der Konsumentenpreisindex stieg von 290 auf über 730).⁸ D.h. real sind auch in den USA die Einkommen deutlich rückläufig – mit Ausnahme des obersten 1%.

05237: Einkommenszuwachs seit 1979 in % nach Steuer



Quelle: US Congression Budget Office. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Besonders beschämend fällt der Vergleich im Niedriglohn-Segment zwischen Deutschland und den Alt-EU-Ländern aus:⁴

Der Anteil prekär Beschäftigter nimmt in Deutschland besorgniserregend zu. Die Financial Times Deutschland berichtete 2010: „Der Konjunkturaufschwung in Deutschland geht einer Studie der IG Metall zufolge an der jungen Generation vorbei. Rund 54 Prozent der Erwerbs-tätigen unter 25 Jahren seien prekär beschäftigt. Dazu zähle die Gewerkschaft Leiharbeit, befristeten Jobs oder in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.“⁵

Fazit von Joachim Jahnke: „Das Ende des amerikanischen Traums und des entsprechenden Traums in Europa, von den skandinavischen Ländern abgesehen, kann nur als schwelende Krise des gesamten kapitalistischen Systems verstanden werden. Woran soll da noch Hoffnung knüpfen?“⁹

1.2. Abschöpfungsinstrumente

1.2.1. Steuern

Es besteht eine klare Tendenz zur steuerlichen Entlastung der Unternehmens- und Kapitaleinkommen bei gleichzeitiger steuerlicher Belastung der Lohnabhängigen. Dies wird im Baustein ‚Steuersystem‘ ausführlich behandelt. Zum Verstehen der Einkommenssituation von Kapitaleignern und abhängig Beschäftigten ist zumindest ein kurzer Blick auf die Steuersituation erforderlich:

⁴ <http://www.jjahnke.net/wochenbrief28-91342492.html>

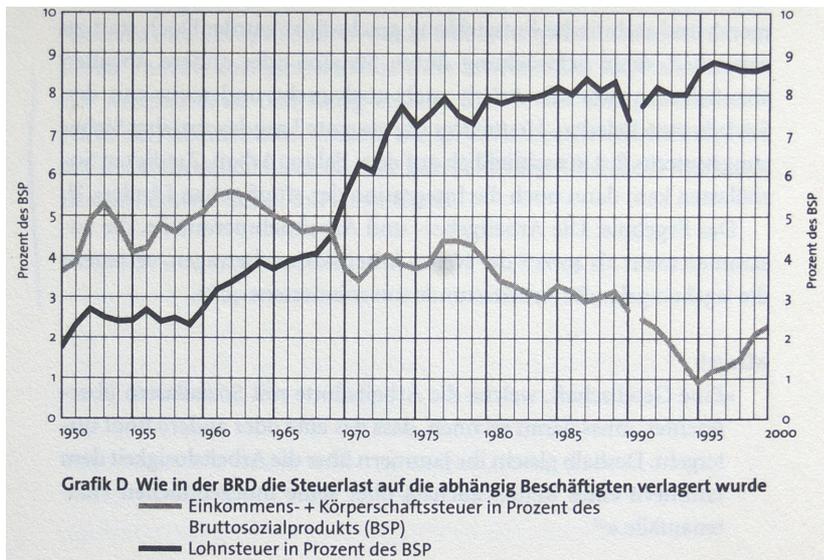
⁵ <http://www.ftd.de/politik/konjunktur/:prekaere-beschaeftigung-haelfte-aller-jungen-arbeitnehmer-ohne-festen-vertrag/50183970.html>

⁶ Wolfgang Fabricius, Solidarische Ökonomie auf der Basis von Reproduktionsgenossenschaften, Berlin 2008, S.39f

⁷ <http://www.jjahnke.net/wochenbrief21-37349451.html>

⁸ <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Cpis.PNG&filetimestamp=20060901182053>

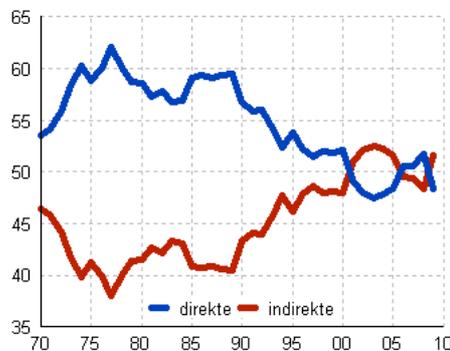
⁹ <http://www.jjahnke.net/wochenbrief21-37349451.html>



Die Verschiebung der Steuerlast in Deutschland (Prozent des BSP) wird in der nebenstehenden Grafik gezeigt.¹⁰

Zusätzlich wurde der Anteil indirekter Steuern seit den 70er Jahren von 38% auf fast 52% im Jahr 2009 erhöht, so dass obendrein immer öfter die Weniger- Wohlhabenden der gleichen Steuerquote unterworfen sind wie die Wohlhabenden (Abb. 14674):¹¹.

14674: Anteil direkter und indirekter Steuern in Deutschland 1970 - 2009 in %



Somit ist es schlicht gelogen, wenn immer wieder behauptet wird, in Deutschland würden die Reichen den Löwenanteil der Steuerlast tragen. „Das gesamte Steueraufkommen von 2009 (ohne Gemeindesteuern) lag bei 485 Mrd Euro. Lediglich 51 Mrd Euro oder knapp 11 % davon entfielen auf veranlagte Einkommenssteuer, nicht veranlagte Einkommenssteuer und Zinsabschlagsteuer, also Steuern die ganz überwiegend bei den höheren Einkommensklassen erhoben werden“.¹²

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

1.2.2. Zinsen und Renditen

Das Zins- und Renditensystem genießt noch immer Akzeptanz in der Gesamtbevölkerung; schließlich kommt es ja nicht nur den Reichen zugute, sondern auch dem kleinen Mann, der sich ein paar Aktien kauft. Dass aber über den Zinsanteil der Preise in enormem Maße Geld von den Verbrauchern zu den Kapitaleignern fließt, ist weithin gar nicht bekannt.

Jedes Kapital, was in Vorleistung für die Produktion geht, erwartet dafür Renditen. Die Unternehmen legen diese Renditen nach Möglichkeit auf die Preise um. „Allein die Mieten von Wohnungen setzen sich beispielsweise zu 70-80% aus Zinsen zusammen, der Trinkwasserpreis enthält 38% Zinsen und selbst die Müllkosten sind mit 12% Zinsen belastet. Im Mittel sind in den Preisen, bezogen auf alle von der Gesellschaft getätigten Ausgaben – mit steigender Tendenz – bereits über 40% Zinsen enthalten“.¹³

Eine ebenso verhängnisvolle Rolle spielen die Zinsen bei den Schulden der öffentlichen Haushalte. Selbst eine jährliche Neuverschuldung des Bundes von „nur“ 3% des BIP (Maastricht-Vertrag) bedeutet Neuschulden von fast 75 Milliarden € – und dafür ist Zins zu zahlen! Der Zinsdienst der öffentlichen Haushalte umfasste 2008 bereits 67,1 Milliarden €. ¹⁴ „Die USA sind noch schlimmer dran. Hier drohen sich die Staatsschulden bis zu 150 Prozent des BIP oder sagenhaften 27 Billionen Dollar hochzuschaukeln (aktuell 13,5 Billionen)“.¹⁵

Über Zinsen und Renditen fließt eine immer größere Menge Geld in die Hände der Kapitaleigner. Dieses Geld steht im Privathaushalt nicht mehr als Kaufkraft und im Bundeshaushalt nicht mehr für gesellschaftliche Aufgaben zur Verfügung (vgl. 2.).

¹⁰ Horst Afheldt, *Wirtschaft die arm macht*, Kunstmann 2003, S.38

¹¹ <http://www.jjahnke.net/wochenbrief13-57348445.html>

¹² ebd.

¹³ Helmut Creutz: *Das Geld-Syndrom*, 5. Auflage, Econ 2001, Reprint: Wissenschaftsverlag Aachen 2003, zitiert in: Wolfgang Fabricius, *Solidarische Ökonomie auf der Basis von Reproduktionsgenossenschaften*, Berlin 2008, S.24

¹⁴ <http://www.finanzkrise-politik.de/finanzsystem.html>

¹⁵ http://www.focus.de/finanzen/news/ueberschuldung-die-zeitbombe_aid_551499.html

1.2.3. Privatisierung von Gewinnen, Vergesellschaftung von Verlusten

Bevor der Handel mit miesen Papieren und Finanzprodukten zur Schieflage großer Banken führte, war er jahrelang für die Kapitaleigner hoch profitabel und bescherte ihnen deutlich zweistellige Renditen. Doch nicht mit dem Gewinn der Profiteure, sondern mit Steuerzahlergeld werden nun die Folgen dieses fragwürdigen Handels aufgefangen: „In den entwickelten Volkswirtschaften der G20-Länder betragen die angekündigten, bisher allerdings erst zu kleineren Teilen vollzogenen öffentlichen Hilfsmaßnahmen fast 10 Billionen Dollar oder rund 30 % der gesamten Wirtschaftsleistung dieser Länder in 2009. ... Für 1,1 Billionen Dollar sind bisher allein Kapitalzuführungen oder der Abkauf von giftigen Anlagen der Banken oder staatliche Darlehen an die Banken erfolgt. Bei Deutschland kommt das auf 4,9% des Bruttoinlandprodukts von 2009“.¹⁶

Die „Bankenrettung“ ist nur eines von vielen Beispielen des generellen Prinzips, die Renditen aus Geschäftstätigkeit unangetastet zu lassen – auch dann, wenn diese Geschäftstätigkeit zu gesellschaftlichen Folgekosten führt.

1.2.4. Die gespaltene Gesellschaft

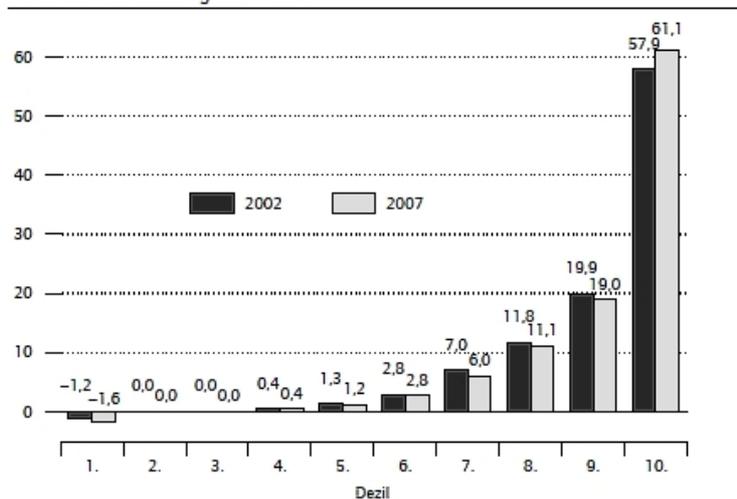
Die gezeigten Bereicherungs- und Abschöpfungsinstrumente führen zwangsläufig zu einer ständigen Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Im Ergebnis ist eine tief gespaltene Gesellschaft entstanden.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schreibt, dass Stand 2007 „das reichste Zehntel über mehr als 60 Prozent des gesamten Vermögens verfügte (Abbildung). Darunter hielten die obersten fünf Prozent 46 Prozent und das oberste Prozent etwa 23 Prozent des gesamten Vermögens. Gegenüber dem Jahr 2002 hat die Konzentration der Nettovermögen im Top-Dezil weiter zugenommen, in allen anderen Dezilen sind die entsprechenden Anteilswerte für 2007 dagegen niedriger. Mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung besaßen dagegen kein oder nur ein sehr geringes individuelles Nettovermögen“¹⁷

(Näheres zu den Berechnungsgrundlagen der Ungleichverteilung und zur Begriffserklärung ‚Markteinkommen‘, ‚Gini-Koeffizient‘ usw. siehe z.B.¹⁸).

Individuelles¹ Nettovermögen nach Dezilen in Deutschland 2002 und 2007

Anteil am Gesamtvermögen in Prozent



¹ Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

2. Die grundsätzliche Unmöglichkeit eines leistungsgerechten Lohnsystems bei Kapitalerträgen oberhalb der Wirtschaftswachstumsrate

Dieter Petschow hat anhand von Daten des statistischen Bundesamtes die Höhe der Kapitalerträge und die Höhe der Löhne und Gehälter für Deutschland dargestellt.¹⁹ Petschows Analyse der letzten 30 Jahre ergibt eine jährliche Wachstumsrate der Kapitalerträge von durchschnittlich 10,2%. Diese Größenordnung bestätigen aktuelle Angaben zur Nettokapitalrendite, zum Beispiel: deutscher Mittelstand um 10%²⁰, deutsche

¹⁶ <http://www.jjahnke.net/rundbr70.html#1994>

¹⁷ Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 4/2009 S.59, in: <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/93785/09-4-1.pdf>. Das Nettovermögen privater Haushalte setzt sich zusammen aus: Sachvermögen (z.B. Grundeigentum), Gebrauchsvermögen (z.B. Hausrat, Gold), Geldvermögen (z.B. Guthaben, Forderungen) sowie Beteiligungsvermögen (z.B. Aktien) minus Verbindlichkeiten (z.B. Kredite); ebd. S.56.

¹⁸ <http://de.wikipedia.org/wiki/Einkommensverteilung>

¹⁹ Dieter Petschow: Vom Sozialstaat zur Finanzdiktatur – eine Verfassungsbeschwerde, Langenhagen, 1.2.2005, in: Wolfgang Fabricius, Solidarische Ökonomie auf der Basis von Reproduktionsgenossenschaften, Berlin 2008, S.14ff

²⁰ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/150149/umfrage/gesamtkapitalrentabilitaet-im-deutschen-mittelstand/>

Handelsunternehmen 11-15% ²¹, Automobil-Zulieferer Westeuropa 11,8% ²², Realindustrie Westeuropa ca.11% ²³, Commerzbank Prognose 2006: 15% ²⁴ oder Deutsche Bank Prognose 2010: 20%. ²⁵

Nach diesen Zahlen ist es eher unter- als übertrieben, von dauerhaft 10% Nettokapitalrendite in Deutschland auszugehen. Was nun würde passieren, wenn nach 2005 das Wirtschaftswachstum weiterhin in Werten wie bisher linear stiege und die Nettokapitalrendite bei ca. 10% bliebe? Die nebenstehende Grafik gibt Auskunft: ²⁶

Die grüne Kurve zeigt den linear steigenden Arbeitsertrag gemäß BIP, die rote Kurve zeigt den erst langsam und dann immer rascher steigenden Kapitalertrag. Nachdem bis in die 90er Jahre ein wachsender Arbeitsertrag zur Verfügung steht, stagniert dieser zunächst, um anschließend immer rasanter zurückzugehen. Denn immer größere Anteile des BIP fallen jetzt an die Kapitaleigner – bis schließlich aus der pro Jahr erwirtschafteten Gesamtsumme (BIP) für Arbeitsertrag und Staatsausgaben gar nichts mehr übrig bleibt.

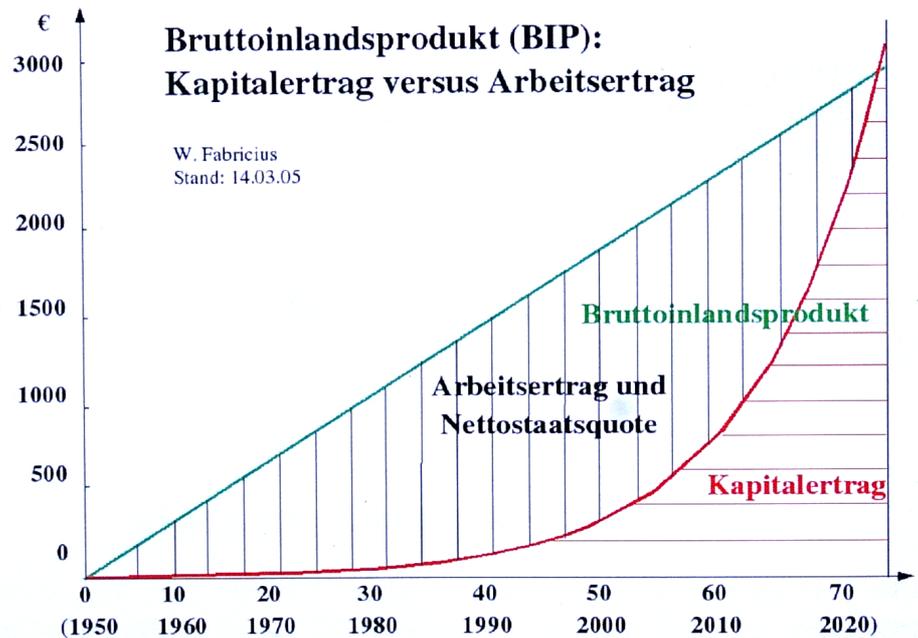


Abb. 6: Kapitalertrag vs. Arbeitsertrag

Das Beispiel zeigt anschaulich, dass auf längere Sicht **lineares Wachstum auf der Realseite und exponentielles Wachstum auf der monetären Seite unvereinbar sind**. „Weil es nur auf Kosten der Arbeitserträge realisierbar ist, kann ein Sozialstaat es grundsätzlich nicht zulassen, dass das Wachstum der Kapitalerträge über dem Wirtschaftswachstum liegt.“ ²⁷

Günther Moewes fasst zusammen: Das eben ist das „das eigentliche Grundproblem ‚reifer‘ kapitalistischer Volkswirtschaften ...: Die reale Wertschöpfung steigt nur noch linear, die private Abschöpfung dagegen exponentiell.“ ²⁸

Jede Überlegung zu einem leistungsgerechten Lohnsystem hat demnach eine drastische Absenkung der Kapitalerträge auf das Niveau des Wirtschaftswachstums zur Voraussetzung – oder sie ist auf Dauer zum Scheitern verurteilt. Eine drastische Absenkung auf das Niveau des Wirtschaftswachstums hieße auf Deutschland bezogen: nicht 10,2% sondern 1,2% Kapitalertrag! Dies aber ist nicht denkbar ohne Eingriff in die grundlegenden Leitvorstellungen, Prinzipien und Mechanismen des kapitalistischen Systems.

3. Umriss eines leistungsgerechten und solidarischen Lohnsystems

3.1. Derzeitige Spreizung der tariflichen Löhne und Gehälter

In Deutschland liegt heute folgende Spreizung der Löhne und Gehälter vor (ausgewählte Beispiele): ²⁹

- Industriekauffrau zwischen 1.200 und 4.100 €, Spreizung: 1 zu 3
- Bundesangestellte zwischen 1.000 und 4.500 €, Spreizung: 1 zu 4,5
- Bundesbeamte (A) zwischen 1.700 und 6.000 €, Spreizung: 1 zu 3,5

²¹ <http://www.handelswissen.de/data/themen/Finanzierung/Finanzierungsgrundsätze/Finanzrentabilität.php/>

²² <http://www.innovations-report.de/html/berichte/studien/bericht-99122.html>

²³ ebd.

²⁴ <http://board.trendinvest.net/showthread.php?t=1292&page=20>

²⁵ <http://www.finanzen100.de/dossier/Eigenkapitalrendite/>

²⁶ Wolfgang Fabricius, *Solidarische Ökonomie auf der Basis von Reproduktionsgenossenschaften*, Berlin 2008, S.28

²⁷ ebd. S.32

²⁸ <http://www.humane-wirtschaft.de/das-grundproblem-des-kapitalismus-guenther-moewes/>

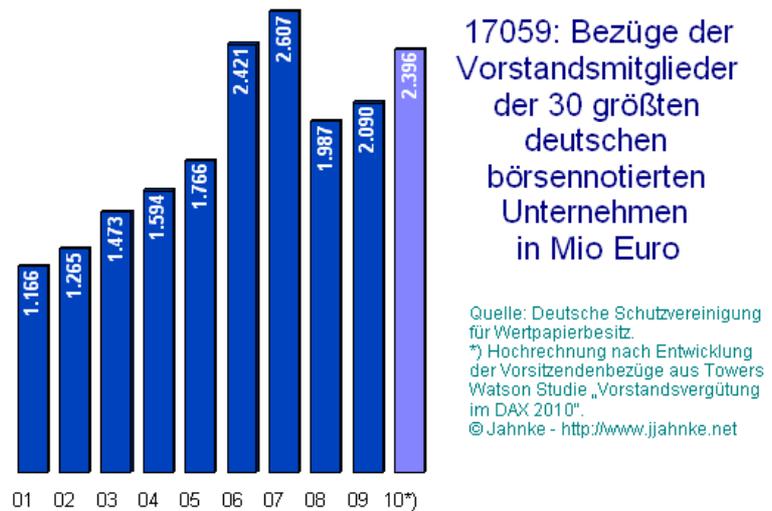
²⁹ Quellen: <http://www.lohnspiegel.de/main>, <http://www.gehaltsvergleich.com> und andere

Die **extremste Spreizung** liegt in den Tariflöhnen zwischen Friseur und Pathologe in Westdeutschland zwischen 810 und 5.675 €, in Ostdeutschland zwischen 650 und 4.500 € - eine Spreizung von etwa 1 zu 7. Die Spreizung zwischen Frisöse und Arzt geht bis zu 1 zu 10. Dabei ist zu beachten, dass diese hohen Spreizungen durch **Niedriglöhne** zustande kommen, die an oder unterhalb der Armutsgränze liegen und auch bei Vollbeschäftigung keine angemessene Existenzsicherung gewähren, also durch gesetzliche Mindestlöhne zu überwinden sind.³⁰

Anhand dieser Daten zeigt sich: für Tätigkeiten in der Realwirtschaft gibt es in der großen Mehrzahl der Tarife eine Vergütungsspreizung im Bereich von 1 zu 3, im kleineren Bereich eine Spreizung von 1 zu 5, bei Niedrigstlöhnen bis 1 zu 10. Dies entspricht der einleuchtenden Feststellung, dass sich das tatsächliche Wertäquivalent der Arbeit unterschiedlicher Menschen wohl kaum um mehr als das 5fache (10fache) unterscheiden kann.

3.2. Derzeitige Manager- und Vorstandseinkommen

Demgegenüber fallen die Bezüge der Spitzenverdiener völlig aus dem Rahmen. „Nach einer neuen Studie von Towers Watson ‚Vorstandsvergütung im DAX 2010‘ sind auch die Vorstandsbezüge der 30 größten börsennotierten Unternehmen wieder auf Vorkrisenniveau angekommen. Das durchschnittliche Jahreseinkommen dürfte bei 2,4 Mio Euro liegen und damit bei mehr als dem 84-Fachen eines durchschnittlichen Arbeitnehmers. 2001 war es mit weniger als 1,2 Millionen ‚nur‘ etwas mehr als das 45-Fache (Abb. 17059). Sind die Vorstandsbezüge nominal seit 2001 um mehr als 105 % gestiegen und haben sich damit mehr als verdoppelt, so lag der Zuwachs bei einem durchschnittlichen Arbeitnehmer bei nur etwas mehr als 10 % - und der wurde dann von der Verbraucherpreissteigerung mehr als aufgefressen“.³¹



Exemplarische Zahlen für überhöhte Vergütungen:

- **Managergehälter** 2006 in Deutschland: Wendelin Wiedeking (Porschekonzern) 77,4 Mill. €, Josef Ackermann (Deutsche Bank) 13,21; Jürgen Großmann (RWE) 12,3; Dieter Zetsche (Daimler-Chrysler) 7,24; Klaus Zumwinkel (Deutsche Post) 4,34; Rene Obermann (Telekom) 2,6 Mill. €³²
- **Gehälter und Bonuszahlungen US-Amerikanischer Banken** in 2009:³³
 - Bank of Amerika: Vorstandschef Kenneth Lewis 30 Mr. \$; pro Mitarbeiter 106.040 \$;
 - Goldman Sachs: Vorstandschef Loyd Blankfein 21,85 Mr. \$; pro Mitarbeiter 743,112 \$;
 - Morgan Stanley: Vorstandschef John Mack 16,4 Mr. \$; pro Mitarbeiter 263.595 \$
- Ein **Vorstandschef der börsennotierten Unternehmen** in Deutschland erhielten trotz Wirtschaftskrise 2009 im Durchschnitt 1,1 bis 3,6 Mill. €, ein reguläres Vorstandsmitglied 688.000 €
- Die **Vorstandsgehälter der Deutschen Krankenkassen** lagen bei der Techniker Krankenkassen bei 270.979 € - bei der DAK bei 235.287 € - bei der AOK Plus bei 179.500 € - bei der Barmer bei 202.779 €

Insgesamt liegen die tariflich ungebundenen Vergütungen der Spitzenverdiener etwa beim 10 bis 2000fachen der durchschnittlichen Tariflöhne! Hinzu kommen frei festgelegte sehr hohen Boni, die oft über 50% der regulären Vergütungen ausmachen.

Das Gravierende und Skandalöse dieser Vergütung liegt nicht nur in ihrer Höhe, sondern auch in der **Selbstbemächtigung**, in der die Institutionen der Empfänger ihre Vergütungen eigenmächtig verfügen. Dies verweist auf die Selbstbedienungsmentalität eines modernen Raubrittertums. Es gibt keinen einzigen logischen Grund, der die Höhe und die Selbstbemächtigung der ungebundenen Vergütungen rechtfertigt.

³⁰ Siehe Definition von Niedriglöhnen unter www.steadynews.de/.../niedriglohn-sektor-definition-und-statistiken

³¹ Joachim Jahnke Wochenbrief 56 14.4.11

³² Thüringer Allgemeine 7.12. 2007

³³ TAZ 15.10. 2009 und 23./24.1. 2010

Hinzu kommt die Tatsache, dass die Profiteure dieser Entwicklung massiv zur **Ausweitung des Niedriglohnbereiches**, von Leih- und Zeitarbeit und zur Entwicklung von Lohndumping beitragen, um auch so ihre nicht durch eigenen Leistung erarbeiteten Einkommen zu ermöglichen – im Ergebnis mit einer steigenden Zahl von Menschen, die trotz Vollbeschäftigung von ihren Einkommen nicht leben können, sondern vom Staat (Steuerzahler) alimentiert werden müssen.³⁴

Für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung ist diese bisher hingenommene Entwicklung nicht nur ungerecht und unverschämt, sie führt zu einer verdeckten depressiven, resignativ-zynisch-aggressiven Grundstimmung vieler Menschen und damit zu einer tiefen sozialpsychischen Destabilisierung der Gesellschaft.³⁵ Das kann und wird in Krisenzeiten zu schweren sozialen Eruptionen führen. Darüber hinaus birgt sie wegen des Auseinanderfallens zwischen Realwirtschaft und Kapitalerträgen in sich eine ökonomische Crashtendenz. Es ist unbegreiflich, dass sich eine Gesellschaft diese Einkommensspaltung und Selbstbemächtigung einer kleinen Schicht mit ihren demoralisierenden Folgen gefallen lässt.

3.3. Mögliche Regeln eines leistungsgerechten und solidarischen Lohnsystems

Solidarische Ökonomie setzt gegen das alte, die Gesellschaft spaltende Lohnsystem, **eine leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem**. Die konkrete Ausgestaltungsmöglichkeiten können nicht vorweg festgelegt werden, sie sind Bestandteil eines künftigen demokratischen Aushandlungs-Prozesses. Doch könnten folgende Regeln zielführend sein:

1. **Alle berufliche Tätigkeiten**, auch die der Banker, Manager, Vorstände usw. sollten **nach leistungsgerechten Tariflöhnen** vergütet werden.
2. Als **Leistungskriterien** sollten wie in bisherigen Tarifberechnungen gelten: 1. die Leistungsintensität, 2. der Qualitätsanspruch und Ausbildungsgrad, 3. die Verantwortungslast.
3. Das **menschliche Leistungsvermögen** schwankt bei gleichem Zeiteinsatz zwischen dem 0,5 bis zum 5-Fachen der Durchschnittsleistung eines berufstätigen Menschen. Darum können Vergütungen wie in den bisherigen tariflichen Löhnen in der Regel zwischen **der Hälfte bis zum 5-Fachen der Durchschnittslöhne** als angemessen gelten. Das wären bei 3.000 € Durchschnittslohn zwischen 1.500 und 15.000 € monatlich. Variante: die Spreizung der Löhne liegt zwischen dem Mindestlohn und der Höchstvergütung bei max. 1 zu 20. Das wären eine Spanne in etwa zwischen 1.000 und 20.000 €³⁶
4. Es wird vorgeschlagen, alle **Boni** und sonstige **Sondervergütungen** zu unterbinden. Allerdings kann es symbolische Prämien als Zeichen der Wertschätzung geben, nicht aber zur Bereicherung.
5. Das „**Knappheitskriterium**“ in seiner jetzigen Form wäre zu überwinden, d.h. das Aushandeln von Honoraren für Künstler, Spitzensportler, Freiberufler u.ä. auf dem freien Markt von Angebot und Nachfrage wird durch Rahmensätze ab dem bspw. 10-fachen der Durchschnittslöhne variabel eingeschränkt – variabel, weil hier wegen Unregelmäßigkeit der Einkünfte und einer höheren Krankheits- und Altersvorsorge höhere Spitzensätze gerechtfertigt sind.
6. Für nicht voll leistungsfähige Menschen und sehr leistungsschwache Tätigkeiten sollte es einen **Solidarischen Lohnausgleich** geben, so dass auch hier Mindestlöhne gezahlt werden können. Erst wenn auch weniger leistungsstarke Menschen nicht ausgegrenzt, sondern auch in den ökonomischen Prozess der Erwerbstätigkeit integriert werden, kommt die Gesellschaft dem Gebot der Menschwürde und dem Solidaritätsgebot der Verfassung nach.³⁷
7. Zusätzliche **Einkünfte aus Vermögen, Kapital** u.ä., soweit es diese in einer solidarischen Ökonomie noch gibt, sollten **durch starke Progression so besteuert werden**, dass sie ab einer Höhe des bspw. 20fachen der Durchschnittseinkommen wieder dem Gemeinwohl zufallen.³⁸ Nur so kann die extrem ungerechte Besteuerung in unserem Gemeinwesen überwunden werden! (vgl. 2.)

Die Realisierung dieser oder ähnlicher Regeln würde etwa folgende **Vorteile und positive Entwicklungen** bringen:

- die Arbeitsmotivation und das Bewusstsein, dass Leistung sich wirklich lohnt, würde so im Gros der Bevölkerung wesentlich wachsen,
- durch den Abbau sehr hoher Gehälter und der Abschöpfungsinstrumenten in Steuer-, Renditen- und Zinssystem würden wesentlich mehr Gelder zum Anheben der allgemeinen Gehälter zur Verfügung stehen,

³⁴ In Deutschland leben z.Zt. 6,5 Mill. Menschen in diesem Niedriglohnsektor, zunehmend auch Qualifizierte und Akademiker, siehe unter www.steadynews.de/.../niedriglohn-sektor-definition-und-statistiken

³⁵ Vgl. U. Duchrow, R. Bianchi, R. Krüger, V. Petracca: Solidarisch Mensch werden, S. 96ff.

³⁶ Felber-Modell, siehe Felber „Gemeinwohl-Ökonomie“ S. 40, 79ff.

³⁷ Siehe Baustein „Solidarische Arbeits- und Sozialkultur“

³⁸ Vgl. Felber „Gemeinwohl-Ökonomie“ S. 62ff.

- damit würde sich die immer größere Spaltung unserer Gesellschaft in eine Minderheit von Supereichen und vielen Armgemachten und von prekärem Absinken Bedrohten rückläufig entwickeln,
- die depressiven, resignativ-zynisch-aggressiven Grundstimmung in weiten Teilen der Bevölkerung würde deutlich zurückgedrängt werden,
- die ökonomische Crashtendenz, die in der bisherigen Spaltung liegt (Sinken der Kaufkraft, Wachstumsfalle s.o.) würde gebändigt werden können,³⁹
- der Sozialstaat stände so in Einnahmen und Ausgaben auf wesentlich besserer finanzieller Basis.

Ist das Durchsetzen der genannten sieben Vorschläge eine utopische Träumerei?

Nein, denn das vorhandene natürliche Gefühl für Leitungsgerechtigkeit und die Praxis der üblichen Tariflöhne agieren genau nach den benannten Kriterien: nach den Leistungskriterien von Leistungsintensität, Qualitäts- und Ausbildungsgrad und der Verantwortungslast, und nach diesen werden ja schon bisher 80-90% der Löhne in einer Spreizung von 1 zu 3 oder bis 1 zu 5 gezahlt.

Auch unter den Unternehmern gib es eine sozialetische Gesinnung, mit der sie für ein wie oben skizziertes Lohnsystem eintreten, weil sie alles andere als Räuberei einschätzen, so z.B. bei Daniel Goeudevert u.a.⁴⁰

Und auch in der Politik gab und gibt es entsprechende Einsichten, so z.B. beim amerikanischen Präsidenten Roosevelt im Zusammenhang mit dem „New Deal“⁴¹ in den 1930er Jahren: „Als F. D. Roosevelt sagte, niemand solle mehr verdienen können als 25.000 \$ (was heute 200.000 \$ im Jahr entspricht), hat ihn niemand bezichtigt, verrückt geworden zu sein.“⁴² Hohe Spitzensteuersätze haben damals (USA 1935: 79%, später 83%!) der Wirtschaft nicht geschadet, sondern die Gesellschaft samt Wirtschaft überhaupt erst wieder stabilisiert. Und es ging dabei nicht etwa um altruistische Verzichtsausübung ‚guter‘ Menschen, sondern schlicht um Solidarität „aus wohlverstandem Eigeninteresse“ (Alexis de Tocqueville).⁴³

Wenn auch im Zug der Neoliberalisierung diese Einsichten in bestimmten Kreise heute als „unmodern“ gelten“, gilt es diese politisch durchzusetzen. Die Chancen hierfür sind vorhanden, denn das öffentliche Bewusstsein drängt zunehmend in diese Richtung. Immer mehr Menschen spüren und begreifen, **„ohne diese Umkehr wird die Gesellschaft so desolidarisiert, dass sie zerbrechen muss.“**⁴⁴

Literaturhinweise zum Thema:

Horst Afheldt, Wirtschaft die arm macht, Kunstmann 2003

Ulrich Duchrow, Reinholt Bianchi, Rene Krüger, Vincenzo Petracca, Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Weg zu ihrer Überwindung, VSA-Verlag 2006

Info-Potal Joachim Jahnke: www.jjahnke.de

Joachim Jahnke, Grafikdatenbank, Shaker-Verlag Aachen 2009

Wolfgang Fabricius, Solidarische Ökonomie auf der Basis von Reproduktionsgenossenschaften, Berlin 2008

Christian Felber, Neue Werte für die Wirtschaft, Deuticke 2008

Christian Felber, Gemeinwohl-Ökonomie, Deuticke 2010

Joachim Galuska, (Hg.): „Pioniere für einen neuen Geist in Beruf und Business. Die spirituelle Dimension im wirtschaftlichen Handeln“, 2004

Daniel Goeudevert: Das Seerosen-Prinzip. Wie uns die Gier ruiniert, 2008

Gerhard Scherhorn, Geld soll dienen, nicht herrschen. Die unaufhaltsame Expansion des Finanzkapitals, 2009

Ronald Schettkat, Lohnspreizung: Mythen und Fakten, Edition der Hans-Böckler-Stiftung 183

Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit: Armes reiches Deutschland. Jahrbuch Gerechtigkeit I, 2005

³⁹ Sie dazu Baustein „Wirtschaftswachstum“

⁴⁰ Daniel Goeudevert: Das Seerosenprinzip.. Wie uns die Gier ruiniert, S. 155ff.. Vgl auch Joachim Galuska (Hrsg.): Pioniere für einen neuen Geist in Beruf und Business. Die spirituelle Dimension im wirtschaftlichen Handeln

⁴¹ http://de.wikipedia.org/wiki/New_Deal

⁴² Robert Teich: Die neue Weltwirtschaft, Ullstein Verlag, Frankfurt a.M. 1993, S.246, zitiert in: Horst Afheldt, Wirtschaft die arm macht, Kunstmann 2003, S.42

⁴³ ebd.

⁴⁴ Horst Afheldt, Wirtschaft die arm macht, Kunstmann 2003, S.42